



Gemeinsam handeln statt einzeln geschlagen werden

Heraus zum 1. Mai

Kommt zu Kundgebung am 29. April, um 17:00 Uhr
In Gröpelingen (siehe Flyer auf der Rückseite)

Demonstriert mit uns am 1. Mai mit den Losungen:
LEIHARBEIT VERBIETEN - STOPPT FREMDVERGABE
DGB-Demonstration, am 1. Mai, um 10:15 Uhr, Parkplatz
Weserstadion



„Die Renten sind sicher“ - weg!

Du brauchst gar nicht erst anfangen zu rechnen, was Du mal an Rente kriegst. Denn Du wirst leer ausgehen. Warum? Weil Du jetzt bis 70 arbeiten sollst. Weil Deine Lebenserwartung bis zu 11 Jahren unter dem eines Reichen liegt, der nie einen Finger gekrümmt hat in seinem Leben. Weil der Geringverdiener, der Kollege in Leiharbeit oder Werkvertrag oder in Hartz IV im Durchschnitt nur 68 Jahre alt wird (lt. einer Studie des Robert-Koch-Instituts). Du zahlst also im Lauf Deines Berufslebens einige Hunderttausend ein, gehst dann mit 67 in Rente und machst nach ein, zwei Jahren den Abgang. Das nennt man Rentenklau. Ein todsicheres Geschäft wird die Sache dann, wenn Du bis 70 arbeiten

sollst, also zwei Jahre länger, als Du im Durchschnitt lebst. Das ist dann die endgültige Abschaffung der Rente, zumindest für den Arbeiter. Und nicht zuletzt: Du wirst leer ausgehen, weil Du das Geld, das Du Dein Leben lang Monat für Monat für Deine Rente einbezahlt, aus der Hand gegeben hast und somit keinerlei Kontrolle darüber hast. Ein tolles Geschäft für die Reichen! Sie arbeiten nicht, sie zahlen keinen Cent in die Rentenkassen, aber bedienen sich aus unserer Rentenkasse. Den Rest aus der Rentenkasse besorgt dann die Regierung, um ihn wiederum den Kapitaisten zufließen zu lassen. Deswegen: Nehmt ihnen die Sozialkassen aus der Hand. Arbeiterkassen in Arbeiterhand! So einfach ist die Rechnung.

Wir sind Franzosen

Sie machen es uns mal wieder vor, die Franzosen. Allen voran die Jugendlichen, die sich nicht in einer Zukunft wiederfinden wollen, die da heißt: Leiharbeit, Arbeiten bis zum Umfallen, rechtlos und flexibel, wie das Kapital sie hinbiegen will. Es geht um die „Arbeitsrechtsreformen“, die die französische Regierung nach deutschem Vorbild durchpeitschen will. Trotz der Ausrufung des Notstands (begründet mit den Terroranschlägen, gemeint sind aber vor allem



die Arbeiter, besonders wenn sie streiken) haben sie die zentralen Plätze von rund 60 Städten besetzt, halten Versammlungen ab und

Fakten (nicht nur) zur Tarifrunde

- Herr Zetsche lässt sich auf unsere Kosten und Knochen mit 14,3 Millionen Euro für ein Jahr entlohnen.
- Daimler finanziert auf unsere Kosten die Parteien: CDU 100.000€, deren kleine Schwester SPD 100.000€; 40.000€ gibt's für die Grünen (der Dienstwagen für den grünen Schwaben Kretschmann ist noch nicht eingerechnet). Das ist nur das Offizielle. Vermutet wird, dass noch weitaus größere Beträge das Parteiengefüge schmieren (z.B. über Werbeanzeigen, überbeuerte Messestände etc.)
(nach Abendzeitung vom 12.4.16)
- „Laut DIW hatte das oberste Zehntel der Beschäftigten von 1999 bis 2009 einen Lohnzuwachs von 16,6 Prozent, während die Löhne des untersten Zehntels um 9,6 Prozent geschrumpft sind.“
(FR vom 25.10.14 - nach jourfix Hamburg)
- „Wer über ein beträchtliches Vermögen verfügt und von Zinsen lebt, zahlt darauf nur 25 Prozent Einkommenssteuer, während die Lohnsteuer schon ab einem Jahreseinkommen von etwa 53.000 Euro den Spitzensteuersatz von 42 % erreicht.“
(FR vom 22.10.14 - nach jourfix Hamburg)
- Die Zahl der Leiharbeiter ist (Stand 2015) kräftig angestiegen: 961.162 Menschen in Leiharbeit. Die Zahl der Sklavenhändler, also Leiharbeitsfirmen, ist auf über 50.000 gestiegen!
(Quelle: junge welt, 5./6.3.16 - nach jourfix Hamburg).

Unser Fazit:

In der Tarifrunde geht es nicht um 5%, nicht um 4% oder 3%. Es geht um das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen.

ES GEHT UM ALLES.

Auch bei uns:

Bundesweiter Streik der Schüler



Das sind ihre Forderungen:

Nein zu ...

- ... allen rassistischen, sowie faschistischen Angriffen auf Geflüchtete!
- ... menschenunwürdigen Unterbringung in Lagern, Zelten und Turnhallen!
- ... Rassismus und Sexismus! Nach Köln erst Recht!
- ... Bundeswehreinräten in Kriegsgebieten, deutschen Rüstungsexporten und der deutschen Aufrüstung!
- ... Bundeswehr im Inland!
- ... Kriminalisierung der Widerstandskämpfe gegen Unterdrückung und Krieg!

Wir fordern...

- ... offene Grenzen und Bleiberecht für alle!
- ... das Recht auf Arbeit für Geflüchtete!
- ... das Recht repressionsfrei, politisch zu streiken für Arbeiter*innen, Geflüchtete, Schüler*innen und Student*innen!
- ... den kostenfreien Zugang zu Bildung für alle Menschen und die Ausfinanzierung des Bildungswesens!
- ... den massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus statt Privatisierung! Kein leeres Haus, kein volles Zelt!
- ... die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums: Es ist genug für alle da!

[Fortsetzung von Seite 1:] treffen sich, um sich über den gemeinsamen Kampf auszutauschen und die nächsten Schritte zu beraten. Heute (28. April) beginnt die Parlamentsdebatte. Für die Tage vorher haben die Eisenbahner den Streik ausgerufen. Sie bauen auf eine Ausdehnung des Streiks auf andere Bereiche, auf einen gemeinsamen landesweiten Kampf, zusammen mit den werktätigen Menschen und der Jugend. Der größte Gewerkschaftsverband, die CGT, hat auf ihrem Kongress den Weg für 24-stündige lokale Streiks frei gegeben. Nach jedem Tag werden die Belegschaften auf Betriebsversammlungen dann beschließen, ob sie am nächsten Tag weiter streiken werden. Die Arbeiter im Betrieben entscheiden und nicht irgendwelche Gewerkschaftsvorstände in ihren Zentralen.

Vor einigen Wochen wurden Streikführer von Goodyear verhaftet, ihnen droht Gefängnis. Die französischen Arbeiter sehen das als Angriff auf die gesamte Klasse und sie setzen sich durch große Solidaritätsstreiks zur Wehr. Ebenso in Spanien, wo aktive Gewerkschafter zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Die Bosse und ihre Regierungen wollen in ganz Europa mit Gewalt die Friedhofsruhe herstellen, um Land für Land, Branche für Branche und Betrieb für Betrieb sturmreif zu machen für die Angriffe des Kapitals. Ob in Bremen, ob in Paris oder San Sebastian – wir alle stehen an der gleichen Front. Wäre es da nicht eine tödliche Dummheit, getrennt von einander oder womöglich noch gegeneinander zu marschieren, um dann einzeln niedergemacht zu werden?

Klatsche für Daimler

Kollege Thomas Langenbach, Vertrauensmann aus der DNS Hale 8, hat seine Klage vor dem Arbeitsgericht voll gewonnen: Daimler musste eine Abmahnung gegen ihn zurück ziehen. Die Abmahnung hatte Thomas deswegen bekommen, weil er seine ehemalige Bereichsbetriebsrätin wegen ihres Abstimmungsverhaltens (es ging um das sogenannte Zukunftsbild) kritisiert hat. Das muss man sich mal reinziehen: Daimler legt seine „schützende Hand“ über eine Betriebsrätin, die mit der BR-Mehrheit für Daimler gestimmt hat! Wird die Werkleitung auch den nächsten Betriebsrat wählen?

Thomas ist einer der Sprecher der Kläger gegen die 761 Abmahnungen. Sogar die Richterin hat bemerkt, was da läuft: Es ginge mit dieser Abmahnung wohl um das „Große Ganze“ - gemeint ist die Klage um das Streikrecht, das ja nun in die 2. Instanz geht. Die Herren Teetz (Rechtsvertreter von Daimler) und Niessen (Rechtsvertreter von Nordmetall) standen da, wie zwei dumme Jungs, die man gerade beim Klauen von Bonbons erwischt hat.

Wir müssen in Zukunft darauf achten, dass wir es gar nicht erst zulassen, dass Kollegen einzeln vor Gericht ziehen müssen gegen solche politisch motivierten Angriffe. Da gehört eine deutliche Antwort des Vertrauenskörpers und der IG Metall her. Da diese wieder einmal ausblieb, muss die Belegschaft eine unüberseh- und unüberhörbare Antwort geben: Einer für alle, alle für einen – wir lassen uns nicht spalten!

P.S. Jetzt wäre es auch an der Zeit, dass sich Einige bei Thomas entschuldigt, das gilt auch für einige Betriebsräte, vor allem aus dem Betriebsausschuss, die ihn in übelster Weise diffamiert hatten (wir berichteten darüber).



Recht haben heißt noch lange nicht Recht kriegen Vor allem bei Daimler

Seit nunmehr rund 6 Jahren kämpft der schwerbehinderte Kollege O.S. um einen leidensgerechten Arbeitsplatz. Den hatte er, zuletzt in der QM/EA, aber Daimler wollte nicht, dass er ihn behält. Mit Lügen und Verdrehungen behauptet die Personalabteilung, dass er dort nicht arbeiten könne. Das Integrationsamt stimmte der beantragten Kündigung zu, musste diese daimlerhörige Entscheidung aber nach Gerichtsurteil wieder zurücknehmen. Auch in der Klage gegen Daimlers Kündigung selbst hat O.S. gewonnen. Was Daimler aber bis heute nicht hindert, ihn einfach nicht wieder arbeiten zu lassen. Also ging er wieder vor Gericht, um seine sofortige Beschäftigung per einstweiliger Verfügung durch zu setzen. Fehlschlag: Das Gericht sah „keine Eilbedürftigkeit“, weil in der Sache am 11. Mai sowieso vor dem Landesarbeitsgericht, also in 2. Instanz, verhandelt wird. Man muss die Kaltschnäuzigkeit selbst erlebt haben, mit der der Daimler-Vertreter, Herr Teetz und sein Anwalt von Nordmetall auf die Situationsdarstellung reagiert haben. O.S. bekommt natürlich keinen Lohn. Er kriegt auch kein Geld vom Arbeitsamt, er kriegt absolut null. Er ist nicht einmal mehr krankenversichert. Seine Kollegen haben für ihn 200 € gesammelt – das ist Solidarität! Und das ist

fast so viel, wie ihm die große IG Metall, deren langjähriges Mitglied er ist, an Notlagenunterstützung gewährt hat.

Um die ganze Leidensgeschichte des Kollegen bei Daimler zu erzählen, müssten wir ein Buch schreiben. Natürlich hat das menschenverachtende Verhalten der Personalabteilung nichts mit Mobbing oder Rassismus zu tun (O.S. ist afrikanischer Herkunft), das ist klar. Und das großartige Gerede auf der Betriebsversammlung, wo über den Fall berichtet wurde, man „brauche kein Gericht, um das zu klären“ entpuppte sich als Windei. Standortleiter Theurer hat offensichtlich nicht so viel zu bestimmen, wie der Personalchef Niederhausen. Der machte nämlich einer Einigung einen fetten Strich durch die Rechnung.

Kolleginnen und Kollegen, es geht also wieder vor Gericht. Unser Kollege O.S. braucht unsere Unterstützung. Wenn Daimler damit durch kommt, dann wird es auch in weiteren Fällen kein Halten mehr geben.

Kommt zu Verhandlung am Mittwoch, den 11. Mai, um 10:00 Uhr, Landesarbeitsgericht Bremen (Am Wall 198).

Nicht nur bei VW: Betrüger in den Knast!

Nach VW nun also auch erwartungsgemäß Daimler. Voller Inbrunst hatte der mehrfache Millionär Dieter Zetsche, reich geworden unter anderem eben durch diesen Betrug, vor wenigen Monaten noch behauptet, dass es bei Daimler Abgasmanipulationen nicht geben würde. Er hat seine Anwälte losgeschickt gegen die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die das Gegenteil behauptete und bewies. Seine Anwälte mussten sich vor Gericht ebenfalls eine Klatsche holen, als sie der DUH verbieten lassen wollten, die Drohbriefe Daimlers zu veröffentlichen.

Greenpeace hat ein interessantes

„Schwarzbuch Autolobby“ über die Saubermänner aus Autokonzernen und Politik herausgegeben. Auf der Vorderseite zu sehen: Dieter Zetsche beim Knutschen mit Verkehrsminister Dobrindt. 33 Fälle



und Namen werden aufgezeigt, wie die Autoindustrie sich mit der Politik verzahnt und umgekehrt. Und Daimler mitten drin im Dreck.

Die Saubermänner stecken bis zum Hals im Schlamm. Etwa eine Viertelmillion Autos -mehr als VW- muss Daimler wegen des Betrugs zurückrufen. Jeder kann sich nun vorstellen, wer das alles bezahlen wird. Aber vielleicht verzichtet Herr Zetsche auch auf die eine oder andere Million, wie seine Vorstandskumpane von VW. Dann ist es doch nur gerecht, wenn sie uns die Löhne kürzen, Samstagsschichten schieben lassen, noch mehr fremdvergeben und in Leiharbeit zwingen, oder? Nein, wir werden sie nicht rausholen aus dem Schlammassel. Keinen Cent von uns darf es geben. Betrüger gehören ins Gefängnis. Wir sind es, die die Fabriken auch ohne sie fahren können. Viel besser sogar und vor allem ohne Betrug, Profitschlachten, Vernichtung von Gesundheit und Arbeitskraft.

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Ralf Wieland, WPS / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 (Tel.6679) und viele andere (Mai 2016)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt

Wenn wir nicht gemeinsam handeln, wird man uns einzeln schlagen

Als in den 80er Jahren unter der CDU-Regierung verfolgte Arbeiter aus anderen Ländern zu uns flohen und mit einigen von uns gegen ihre Rechtlosigkeit und die Verschärfung des Asylrechts durch die sogenannte „Residenzpflicht“ kämpften, die ihnen jede Bewegungsfreiheit (Freizügigkeit) nahm, sagte die Mehrheit von uns: das trifft ja nur die Flüchtlinge. Und hat nicht gekämpft.

Als die gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen und einige von uns ab 2003 gegen die „Hartz-Gesetze“ der SPD-Regierung kämpften, die u.a. die „Freizügigkeit“, die Unantastbarkeit der Wohnung, die freie Wahl des Arbeitsplatzes abschafften, sagte die Mehrheit von uns: das trifft ja nur die Erwerbslosen. Und hat nicht gekämpft.

Als diese „Hartz-Gesetze“ und die „Agenda 2010“ der SPD-Regierung die Explosion der Leiharbeit und ihre Fortführung in Form der Werkverträge und die absolute Rechtlosigkeit in den Betrieben für einen Teil von uns Arbeitern festschrieb, meinte die Mehrheit: das trifft ja nur die Leiharbeiter und Werkvertragler und kämpfte 2015 noch nicht mit uns und den Mercedes Kollegen in Bremen, die für ihren Streik gegen Leiharbeit und Fremdvergabe 761 Abmahnungen kassiert haben. Jetzt sollen, unter der CDU / SPD-Regierung, Arbeiter und Arbeiterinnen, die hierher geflohen sind, kostenlos arbeiten in völliger Rechtlosigkeit. Und selbst Arbeiterfamilien, die seit mehreren Generationen hier leben, sollen entrechtet werden. Das plant die CSU-Regierung in Bayern und der CDU-Innenminister De Maizière ist dabei es bundesweit zu übernehmen. Das wird ebenso wenig an uns allen vorübergehen und am wenigsten an der Jugend, wie die anderen vorhergehenden Maßnahmen der Kapitalisten und ihrer Regierungen.

Jeden Tag wird deutlicher: Wir sind als Klasse gemeint, egal woher wir kommen. Unsere Kampfbedingungen sind gemeint. Wir sollen entrechtet und unsereres wichtigsten Kampfmittels beraubt werden: Der Organisation. Des Streiks. Der Möglichkeit der Gegenwehr gegen die Staatswillkür. Die nächsten Opfer nach den Flüchtlingen, den Erwerbslosen, den Leiharbeitern, den Werkvertraglern und wieder den Flüchtlingen, sind wir an den Fließbändern, den Hochöfen, in den Werkstätten, an den Universitäten und Schulen. Warum? Weil dieses kapitalistische System und diese deutsche Regierung am Ende sind und nur noch in Barbarei und Krieg ihren Ausweg sehen. Deshalb wollen sie uns spalten und niederhalten. Jeder Tag und jede Zeitungsmeldung beweist nur eines: Es wird Zeit, dass wir gemeinsam eine Entscheidung ins Auge fassen.

Dulden wir keinen Mord an den Völkern! Asylrecht statt Kriegsrecht! Verbot der Leiharbeit! Gegen die Staatswillkür! Her mit der Arbeitermacht!

Kundgebung zum 1. Mai in Gröpelingen

Freitag, 29. April 2016 um 17 Uhr

vor der „Kunsthalle“ (Beim Ohlenhof/Ecke Gröpelinger Heerstr.)

Es sprechen Kollegen von Daimler, GHB, u.a.

und am 1. Mai gemeinsam für unsere Forderungen auf die DGB Demonstration. Mach mit!

Bremer Unterstützer der Internationalen Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg (das sind: 25 Vertrauensleute und Betriebsräte des Daimler Werks Bremen, Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik (Bremen), Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD-Ortsgruppe Bremen, FDJ-Gruppe Bremen, Agitproptruppe Roter Pfeffer und Mitglieder des Bertolt Brecht Jugendprojekts) **Kollegen vom Gesamthafenbetrieb (GHB)**

**Treffpunkt: 10.15 Uhr
auf dem Parkplatz vor
dem Weserstadion**